

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXIII/20

Bonn, den 29. Januar 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Aktuelle Probleme der Bundeswehr</u> Kostenexplosion und Grenzen des Möglichen Von Dr. E. Eckert	47
2	<u>Einigung der demokratischen Linken Frankreichs</u> 1969 eine große Partei mit sozialdemokratischem Programm. Nach dem Außerordentlichen Kongreß der SFIO	49
3 - 3a	<u>Europa-Parlament diskutiert Auswege</u> Gegen Extra-Touren einzelner EWG-Länder Von Egon C. Heinrich	88
4 - 5	<u>Vom Nutzen der Raumfahrt für die Menschen</u> Bundesrepublik braucht verstärkte Anstrengungen Von Hans Iygen, MdB	64
6	<u>Willkommen in Schweden</u> Stockholmer Werbekampagne um deutsche Touristen	35

## Aktuelle Probleme der Bundeswehr

---

### Kostenexplosion und Grenzen des Möglichen

Von Dr. E. Eckert

Die Bundeswehr befindet sich im vorgegebenen Rahmen der neuen NATO-Strategie der abgestuften Abschreckung und der hier verstärkten konventionellen Komponente im Anlauf in ihre zweite Rüstungsphase, an deren Abschluß sie sich als mobiles und flexibles Instrument der Politik und deren erfüllbaren Aufträge darstellen muß. Daraus ergibt sich für alle Verantwortlichen schon heute der Zwang, Politik und Auftrag in Übereinstimmung auch mit den verfügbaren Finanzmitteln zu bringen. Der Kern dieser nüchternen Feststellungen ist der Hinweis auf die Notwendigkeit, aus allen Erfahrungen der jüngsten militärpolitischen und militärischen Vergangenheit zu lernen und sich entschlossen danach zu richten. Einmal behrgeld sollte und muß genug sein!

Der Anlauf in diese zweite Rüstungsphase der Bundeswehr geht einher mit den bereits jetzt erkennbaren wesentlich erhöhten Aufwendungen, die sich aus den allgemeinen Kosten- und Preissteigerungen ergeben. Man wird also ohne abrupte Sprünge eine sehr evolutionäre Entwicklung vollziehen müssen. Die Fachleute des Bundesverteidigungsministeriums machen schon bei diesen Vorüberlegungen darauf aufmerksam, daß der einkalkulierbare Anstieg der Kosten überaus bemerkenswert ist. Man könnte rüchheraus, so heißt es, von einer Kostenexplosion sprechen, was logischerweise die harte Frage herausfordert muß, ob tatsächlich in jedem Fall auch eine entsprechende Leistungssteigerung zu erwarten ist. Die darin liegende Skepsis, die sich nach allen industriellen und geografischen Richtungen wendet, läßt, wenn sämtliche zivilen und militärischen Verantwortlichkeiten gemeinsam gleichermaßen handeln, mit Sicherheit Beschlüsse erwarten, die materielle und finanzielle Risiken von vorneherein auf das unvermeidbare Minimum beschränken.

Nach den zurzeit verfügbaren Unterlagen der Militärexperten müssen im Bereich aller drei Teilstreitkräfte u.a. folgende Rüstungsprobleme ins Kalkül gezogen werden:

1. beim Heer: der mittlere Hubschrauber, moderne Aufklärungsmittel und verbesserte Rohr- und Raketen-Artillerie,
2. bei der Marine: Vervollständigung der U-Boot-Waffe, Schnellboot-Umrüstung und Fregatteneinsatz,
3. bei der Luftwaffe: Die Nachfolge für den "Starfighter" F 104 G und für die G 91.

In weiteren Überlegungen steht die Entscheidung über die Frage an, ob der deutsche Kampfpanzer "Leopard" tatsächlich durch die deutsch-amerikanische Keuentwicklung Panzer 70 abgelöst sein wird, an dessen Beschaffungskosten im allgemeinen Verhältnismaßstab die Kostenexplosion abgelesen werden kann. Während ein "Leopard" rund eine Million DM kostet, werden heute die Gesamtkosten für einen Panzer 70 bereits mit 2,5 bis drei Millionen DM angegeben. Und ein amerikanisches "Phantom"-Flugzeug, das in der letzten Zeit recht oft als mögliches Nachfolgemuster für den "Starfighter" in die Diskussion gebracht worden ist, kostet ab US-Werk runde 20 Millionen DM. Der "Starfighter" hat, nach den notwendig gewordenen Umbauten, etwa zehn Millionen DM gekostet. Die Grenzen des Möglichen werden in diesen dürren Zahlen sehr deutlich erkennbar.

Einigung der demokratischen Linken Frankreichs

1969 eine große Partei mit sozialdemokratischem Programm  
Nach dem Außerordentlichen Kongreß der SFIO

G.M. - Gegen nur eine Stimme bei vier Enthaltungen hat sich der Außerordentliche Kongreß der Sozialistischen Partei Frankreichs (SFIO) am vergangenen Wochenende im Pariser Vorort Suresnes dafür ausgesprochen, daß die Fusion der in der "Föderation der sozialistischen und demokratischen Linken" zusammengeschlossenen Linksgruppen zu einer großen Partei bereits im Jahre 1969 vollzogen wird. Damit dürften mehrjährige Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Generalsekretär der SFIO, Guy Mollet, und dem Oberbürgermeister von Marseille, Gaston Defferre, ausgeräumt sein.

Noch während des Kongresses war der Eindruck entstanden, als sollten wiederum die notwendigen organisatorischen und politischen Entscheidungen über eine Vereinigung aller demokratischen Linksgruppen Frankreichs zu einer Partei hinausgeschoben werden. Streitpunkt war die Frage, ob sich alle Gruppen der Föderation, vor allem aber die linksbürgerlichen Radikalsozialisten, jetzt schon auf ein sozialdemokratisches Programm einigen könnten. Zweifel an dieser Möglichkeit waren entstanden, weil bei den Radikalsozialisten, besonders in der Provinz, verschiedentlich der Meinung Ausdruck gegeben war, man sollte eine Politik mit sozialistischen Formulierungen vermeiden, weil man dadurch bürgerliche Wählerschichten abschrecken würde. Aus diesem Grunde hatte Defferre vorgeschlagen, die Vereinigung zu einer Partei nur mit jenen Gruppen vorzunehmen, die jetzt schon bereit wären, ein sozialistisches Programm zu akzeptieren. Zur Überraschung des Parteitages zog Defferre jedoch seinen Antrag zurück und einigte sich mit Mollet und dessen Anhängern auf eine EntschlieÙung, die gesagt, daß die Vereinigung aller linksrepublikanischen Gruppen auf der Grundlage eines sozialdemokratischen Programms bis 1969 erfolgen solle.

Die praktisch einstimmige Annahme dieser EntschlieÙung wurde den Delegierten des SFIO-Parteitages dadurch ermöglicht, daß nicht nur die Freunde des Präsidenten der Föderation, François Mitterrand, sondern auch die Radikalsozialisten durch ihren Präsidenten René Billères den Kongreß hatten wissen lassen, sie würden gemeinsam mit der SFIO die Vereinigung aller demokratischen Linksgruppen Frankreichs auf der Basis eines sozialdemokratischen Regierungsprogramms billigen. Mitterrand und Billères, die beide an der Schlußsitzung des Kongresses teilnahmen, erhielten für ihr eindeutiges Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus eine auch für französische Verhältnisse seltene Ovation. Billères nannte die SFIO den "Pfeiler der Föderation", während Mitterrand erklärte, für Frankreich und Europa sei in nächster Zukunft überhaupt nur "eine Politik des demokratischen Sozialismus möglich, weil alle anderen politischen Gruppierungen nicht mehr in der Lage sind, mit den Problemen der Gegenwart und Zukunft fertig zu werden".

Das Ergebnis des Außerordentlichen SFIO-Parteitages läßt für das demokratische Frankreich die Hoffnung entstehen, daß dem Gaullismus innen- und außenpolitisch in naher Zukunft eine ebenbürtige Kraft entgegengesetzt wird. Die Initiatoren der Föderation der Linken, an ihrer Spitze die SFIO, rechnen damit, daß auch kommunistische Wählergruppen durch eine einheitliche sozialdemokratische Partei angezogen werden können, zumal die KPF aus durchsichtigen Gründen die außenpolitische Haltung de Gaulles unterstützt.

Europa-Parlament diskutiert Auswege

Gegen Extra-Touren einzelner EWG-Länder

Von Egon C. Heinrich

Eindeutiger Höhepunkt der jüngsten Plenartagungswoche des Europäischen Parlaments in Straßburg war die Debatte über den Beitritt Großbritanniens zur EWG nach dem Beschluß des Ministerrats der Europäischen Gemeinschaft vom 19. Dezember 1967. Der Aussprache lag ein Bericht und ein Entschließungsantrag zugrunde, den der italienische Ausschußvorsitzende Scelba im Namen des politischen Ausschusses des Europäischen Parlaments der Versammlung unterbreitete. Die Entschließung wurde vom Parlament nach mehrstündiger Debatte bei Stimmenthaltung der gaullistischen Fraktion angenommen. Darin bedauert das Parlament, daß es wegen der Haltung Frankreichs nicht möglich war, in Verhandlungen über die Voraussetzungen für die Annahme oder Ablehnung der Beitrittsanträge oder über andere Formen der Beteiligung an den Gemeinschaften einzutreten. Die Staats- und Regierungschefs der sechs EWG-Länder sollen nach Ansicht des Parlaments erneut zusammentreten um die bestehenden Meinungsverschiedenheiten auszuräumen und die gemeinsame Politik den in den Verträgen von Paris und Rom angegebenen Zielen näherzubringen. Das normale Funktionieren der Gemeinschaften soll gewährleistet und die bereits vollbrachten Leistungen der wirtschaftlichen Integration gesichert werden. Präsident Rey ließ keinen Zweifel daran, daß etwa ein Zusammenschluß von fünf EWG-Ländern mit den vier Antragstellern diskutabel sei. Alle Spekulationen, die EWG mit England und ohne Frankreich weiterzuführen, dürften sich damit vorerst zerschlagen haben.

Die Straßburger Diskussion konzentrierte sich vor allem auf die Frage, welche Möglichkeiten einer engeren Bindung Großbritanniens an den Gemeinsamen Markt trotz der Ablehnung von Beitrittsverhandlungen durch Frankreich jetzt noch realisierbar sind. In jüngster Zeit wurden mehrere Pläne in dieser Richtung lanciert. Zu nennen wären hier die Vorschläge von Bundesaußenminister Brandt, der unter anderem den Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Atomgemeinschaft vorgeschlagen hat, um so das technologische Potential Großbritanniens und das französische Interesse an entsprechender Zusammenarbeit auszunutzen. Daneben steht der Plan der drei Benelux-Länder, die eine Zusammenarbeit in denjenigen Bereichen mit Großbritannien vorsehen, die vom EWG-Vertrag nicht direkt oder indirekt behandelt werden. Dieser Vorschlag deckt sich in etwa mit der Forderung des Europäischen Parlaments, neue Formen europäischer Gemeinschaften mit Befugnissen im technischen, wissenschaftlichen, militärischen und politischen Bereich der Gemeinschaft und den beitrittswilligen Staaten ins Leben zu rufen. Auch hier ist wohl vor allem an eine engere Zusammenarbeit in der Technologie, der Rüstungsproduktion, in Gesellschafts- und Patent-

recht gedacht. Präsident Rey hat allerdings darauf aufmerksam gemacht, daß der EWG-Ministerrat am 31. Oktober die technische Forschung in den Bereich der Gemeinschaftsaufgaben auf EWG-Ebene einbezogen hat. Rey schlug eine Intensivierung des Assoziationsrats EWG - Montanunion vor. Daneben gibt es nun noch die Stufenpläne der Europa-Union Deutschland und den Plan des Fraktionsvorsitzenden der Gaullisten im Europäischen Parlament, de Lipkowski. Er sieht vor allem einen stufenweisen Abbau der Handelsschranken zwischen der EWG und Großbritannien vor (Freihandelszone), wobei nach einer Kräftigung der englischen Wirtschaft der Beitritt ins Auge gefaßt werden könnte.

All diese Pläne demonstrieren die Verwirrung, die de Gaulles Veto am 19. Dezember in der Frage der Erweiterung der Sechsergemeinschaft ausgelöst hat. Positiv ist hierbei nur zu werten, daß Frankreich grundsätzlich den Beitritt nicht ablehnt und daß andererseits die Beitrittsanträge auf dem Tisch des EWG-Ministerrats bleiben und weiterbehandelt werden können. Das Schicksal der nun auch in Straßburg wieder ins Spiel gebrechten Pläne läuft darauf hinaus, das Stadium bis zum vollen Beitritt Großbritanniens in der einen oder anderen Weise zu überbrücken.

In der Straßburger Debatte äußerte der Sprecher der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments, der SPD-Bundestagsabgeordnete Ludwig Metzger, der erster Vizepräsident des Europäischen Parlaments ist, Skepsis in dieser Frage. Man müsse diese Möglichkeiten zunächst einmal prüfen. Unter Hinweis auf die Entschließung des Parlaments sagte Metzger, daß neue Wege beschritten werden müßten, wenn Frankreich auch die Kompromißlösung ablehne. Eine Neuner-Gemeinschaft würde dann zur Isolierung Frankreichs führen. Ein vereinigt Europa sei nicht ohne Frankreich und Großbritannien denkbar.

Als weitere Sprecher der Sozialistischen Fraktion meldeten sich der niederländische Abgeordnete Burger und der Vorsitzende der französischen Links-Föderation, Francois Mitterrand, zu Wort. Es war die erste Straßburger Rede Mitterrands, der dem Europäischen Parlament seit kurzem angehört. Dieser prominente französische Politiker ist vor allem durch seine Präsidentschaftskandidatur gegen de Gaulle 1965 bekannt geworden. Seine Mitgliedschaft bedeutet nicht nur eine Aufwertung des Europäischen Parlaments, sondern sie zeigt auch die europäische Einstellung der Links-Föderation. Mitterrand lehnte ebenfalls Repressalien gegen Frankreich oder Parallel-Gemeinschaften zur EWG ab. Er sprach sich für eine baldige Verwirklichung einer europäischen Währung, eines Gesellschaftsrechts, der Verkehrspolitik und der Regionalpolitik aus. Eine europäische Relance müsse ihren Ausgang in der Währungs-, Sozialpolitik und in der Technologie nehmen. Die Unabhängigkeit Europas werde zuerst auf dem Gebiet der Wirtschaft erreicht werden. Die europäische Desintegration werde von Frankreich geführt. Der Redner bedauerte, daß die französische kommunistische Partei nicht im Europäischen Parlament vertreten sei.

## Vom Nutzen der Raumfahrt für die Menschen

---

Von Hans Iven, MdB

Anlässlich des 150-jährigen Bestehens der Universität Michigan konnte man interessante Ausführungen über die wirtschaftlichen und medizinischen Abfallprodukte der Raumfahrt hören. So hat der Satellit Tiros III wichtige Informationen über das Entstehen des Hurricans Carla geliefert. 150.000 Menschen konnten aus dem bedrohten Gebiet evakuiert werden. Es läßt sich natürlich nicht sagen, wieviel Menschenleben dadurch gerettet wurden.

Mit Hilfe der Raumfahrt ist man dabei, eine genaue Wettervorhersage für mehrere Tage zu ermitteln. Wenn es gelingt, eine genaue Wettervorhersage von fünf Tagen zu erreichen, würde die amerikanische Volkswirtschaft dadurch einen jährlichen Nutzen von etwa 6,75 Milliarden Dollar haben. Dieser Nutzen ergibt sich in den Bereichen der Land- und Forstwirtschaft, des Verkehrs, des Einzelhandels, der Wasserwirtschaft, sowie bei der Fischerei und bei der Schifffahrt. Die heutige Wetterbeobachtung kostet pro Quadratmeile etwa 350 Dollar pro Jahr; eine international betriebene Wetterbeobachtung mit Satelliten würde diese Kosten auf etwa 25 Cent pro Jahr absenken. Die Sicherheitsvorteile für die Luftfahrt und für die Schifffahrt lassen sich in Zahlen nur sehr schwer erfassen.

Wie sehr die Raumfahrtstechnik auch das Alltagsleben erfaßt, zeigt unter anderem die Einführung des Hochgeschwindigkeitsbohrers beim Zahnarzt. Der ultraschnelle Bohrer ist viel leistungsfähiger als sein Vorgänger, die Behandlung schmerzloser und jegliches Vibrieren und Schleifen wird verhindert. Grundlage für diesen Dentalbohrer war die Entwicklung stecknadelgroßer Kugellager, die lange Zeit hindurch hohe Rotationsgeschwindigkeiten aushalten und den Bohrer in einer festen Lage halten. Diese Kugellager wurden ursprünglich für den Bedarf von Satelliten entwickelt. Der Infrarotsensor (Fühler), der im Stahlwalzverfahren immer mehr Eingang findet, hat seinen Ursprung in der Entwicklung des Nimbus-Satelliten, bei dem er die Aufgabe hat, den Satelliten ständig in der richtigen Stellung zur Erde zu dirigieren. Der wirtschaftliche Nutzen, der uns erwächst mit der Möglichkeit, mit Sonnenzellen Energie zu produzieren, ist noch nicht abzusehen.

Die besten Ergebnisse zeigen sich im Bereich der Medizin. So wurde von Konstrukteuren medizinischer Ausrüstungen, auf Anregung der NASA, ein Astronautenhelm in einen Respirometer verwandelt, der den Sauerstoffverbrauch eines Patienten, während dieser sich bewegt, mißt. Das ermöglicht dem Arzt eine genaue Messung des Sauerstoffbedarfs seines Patienten.

Für die Krebsforschung hat die Raumfahrtindustrie eine Kamera entwickelt, mit der die Erkennung eines Tumors in einem sehr frühen Entwicklungsstadium möglich ist. Eine weitere Kameraentwicklung ist im Gang. Mit ihr soll es möglich sein, Tumorentwicklungen schon in der Größe von 4 bis 7 mm zu erkennen.

Eines der Grundprobleme der Herzoperation ist der Energiebedarf des Herzens, das nach einer solchen Operation wieder normal arbeiten muß, um den Kreislauf aufrechtzuerhalten. Vor langer Zeit wurden die Besatzungen von Hochleistungsflugzeugen mit Anzügen ausgerüstet, die die Wirkung großer Beschleunigung und von Belastungen während extremer Manöver reduzieren sollte. Diese Anzüge enthielten eine Regleröhre,

die mit Hilfe von Druckluft das Blut, das durch die Beschleunigungskräfte ("G"-Kräfte) aus seiner Bahn gepreßt zu werden drohte, buchstäblich wieder in den menschlichen Körper zurückdrückte. Aus dieser Entwicklung hat man nun einen Anzug konstruiert, der auf den Herzschlag und die Schlagstärke eines Patienten reagiert und so dazu geeignet ist, die Tätigkeit des Herzens mechanisch zu unterstützen. Es ist daran gedacht, bei Herzoperationen diese Einrichtung einzusetzen.

Eines der größten medizinisch-physikalischen Probleme ist die Einbringung von Sensoren (Fühler) am Körper eines Astronauten, um während des Raumfluges dessen Körperfunktionen zu überwachen und zu registrieren. Weltweit sind diese Hilfsmittel schon im medizinischen Einsatz.

Ein Roboterfahrzeug, das Astronauten und ihre Ausrüstung bei der Überquerung des unregelmäßigen Mondbodens dienen soll, wurde versuchsweise bei paralytischen Kindern erprobt. Sie können mit ihm in Kurven und über Treppen manövrieren und auf diese Weise das erste Mal gehen.

Gelähmte Personen können heute dank magischer Brillen einen motorisierten Rollstuhl durch einen "Sichtschalter", d.h. durch Bewegungen ihres Augapfels steuern.

Es ist nicht auszuschließen, daß in den nächsten Jahren ein Nebenprodukt der Raumfahrtentwicklung unseren blinden Menschen helfen kann. Es wird an der Entwicklung einer Miniradarausrüstung gearbeitet, mit Fernsehlinsen, die mit dem Sehnerv verbunden werden sollen.

Viele andere Aspekte können dieses Spektrum noch hinzugefügt werden.

Mit der Veröffentlichung dieser Zeilen soll zweierlei erreicht werden. Einmal wird um Verständnis geworben für das vielen Menschen nutzlos erscheinende Tun auf dem Felde der technologischen Entwicklungen in der Luft- und Raumfahrt. Zum anderen soll angeregt werden, unsere nationale Situation in diesem Bereich neu zu überdenken. Noch ist es Zeit, auch die Bundesrepublik Deutschland in den Kreis der Nationen, die auf diesem Felde arbeiten, hineinzubringen. Wenn wir unsere Anstrengungen jedoch nicht wesentlich verstärken, sind wir in der Zukunft nur auf die Ergebnisse anderer angewiesen.

### Willkommen in Schweden

#### Stockholmer Werbekampagne um deutsche Touristen

hs. - In Stockholm hat man schnell geschaltet. Nachdem im letzten Herbst vom Links- auf den Rechtsverkehr umgestellt wurde, wird jetzt eine beispiellose Werbekampagne für den kommenden Sommer für den deutschen Autotouristen beginnen. Schweden erwartet in diesem Jahr rund 600.000 deutsche Touristen. Die meisten davon sollen mit dem Wagen über Dänemark kommen. Nach der generalstabsmäßigen Arbeit, die in Stockholm schon geleistet wird, glaubt man, daß 480.000 Deutsche mit Automobilen einreisen.

Schon im letzten Jahr hatten 550.000 Deutsche Schweden besucht. Inzwischen gibt es auch von Kiel und Lübeck neue Direktverbindungen mit Fährschiffen nach Schweden, die in bisher nicht gekanntem Umfang Automobile laden können. So hat man für das kommende Jahr allein die Autofähre Kiel-Göteborg für rund 100.000 Touristen eingeplant.

Man ist sich darüber im klaren, daß es in Schweden keinen Hochsommer nach den Maßstäben des Mittelmeers gibt. Man weiß aber auch, daß die Deutschen die überfüllten Strände im Süden nicht mehr so sehr schätzen wie früher. So werden denn die Schweden Wanderungen in der Tundra Lapplands, Angeltouren in den flußreichen Wäldern Jämtlands, Jagdausflüge in Norrland und ruhige Aufenthalte in den Ferienhütten von Härjedalen anbieten.

Der Aufenthalt während der großen Ferien ist in Schweden nicht billig. Die Zentrale des Fremdenverkehrs in Stockholm weiß es und verschweigt es auch nicht. Man verweist aber darauf, daß Schweden kein Land des Massentourismus ist. Man wird individuelle Reisen mit viel Erholung in weiter Einsamkeit anbieten. Wer Schweden kennt, weiß auch, daß die Angebote hinterher in jedem Punkt erfüllt werden und daß man jeden, der einen Rat braucht, sorgfältig und umfassend betreut.

Für den Autotouristen wird ein gezieltes Programm ausgearbeitet. Man kann mit den Streckenvorschlägen Sommerhäuser oder Studentenwohnheime mieten, wird in Wanderheimen angemeldet und bekommt die Fährbillets für die Ostseefähren mitgeliefert. Trotzdem kann man auch als Autofahrer sicher sein, daß man jedenfalls im Raum bis Stockholm ein vorbildliches Straßennetz vorfindet, das in keinem Fall überfüllt ist.